

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 14

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, insbesondere auch Parlamentarier.

Die Tätigkeit der Europa-Union umfasst die verschiedensten Kontakte mit der Öffentlichkeit, den Behörden und Privaten. Publikationsorgan der Bewegung ist die deutsch- und französischsprachige Monatszeitschrift «Europa». Auch ist der Vereinigung eine Verlagsgesellschaft beigeordnet. Verschiedene Veröffentlichungen über Europa-Fragen und Artikeldienste für die Presse ergänzen das Bild der publizistischen Tätigkeit. Daneben werden fortlaufend Veranstaltungen, Vorträge und Tagungen durchgeführt, um möglichst weite Kreise zu erreichen.

Die Europa-Union arbeitet mit gleichgerichteten Organisationen im Ausland und in der Schweiz zusammen. Seit der 1947 in Montreux erfolgten Gründung der «Union Européenne des Fédéralistes» wirkt sie eng mit den Föderalisten des übrigen freien Europas zusammen. Auch wirkte die Europa-Union an der Gründung des «Schweizer Rates der Europäischen Bewegung» mit, einer repräsentativen Gruppe von Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die in ihrem Wirkungsbereich die europäischen Fragen direkt zur Geltung bringen.

Die Europa-Woche in Zürich wird von einem Aktionskomitee durchgeführt, das der Europa-Union nahe steht. Eine erste derartige Woche hatte bereits im Herbst 1959 stattgefunden und ein auch publizistisch gut ausgewertetes nachhaltiges Echo ausgelöst. Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltungen finden Vorträge, öffentliche Diskussionen, Ausstellungen und Vorführungen, die Tagung der Wirtschaftskommission der Beratenden Versammlung des Europarates und verschiedene Gespräche statt. Ein «Europäisches Kolloquium» mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wird den internationalen Meinungs austausch fördern, während ein «Gespräch am runden Tisch» über den Brückenschlag zwischen EWG und EFTA besonderes aktuelles Interesse beanspruchen dürfte.

Präsident der Europa-Union: Dr. Hans Bauer, Basel.

Vizepräsidenten: Dr. Ernst von Schenk, Basel; Henri Miéville, Lausanne.

Zentralsekretär: Dr. Thomas Raeber, Basel. Zentralsekretariat: Austrasse 55, Basel.

Aktionskomitee Europa-Woche Zürich: Löwenstrasse 3, Zürich 1.

Statistisches

**Ostblock
Raumzuwachs
nicht eingerechnet**

Die imposante graphische Darstellung, die «Neues Deutschland» Ende Januar über den Anteil des «sozialistischen Lagers» an einigen wichtigen Erzeugnissen der Weltproduktion veröffentlichte, unterschlägt die Tatsache, dass bei den 30 Jahren auseinanderliegenden Vergleichszahlen völlig verschiedene Grössen miteinander in bezug gebracht werden. Denn 1929 bestand der kommunistische Block lediglich aus der UdSSR und der wirtschaftlich kaum ins Gewicht fallenden Mongolei.

Immerhin stimmen die für 1959 angeführten Zahlen auch mit anderen Veröffentlichungen überein und sind geeignet, nachdenklich zu stimmen. Während die mei-



sten östlichen Tabellen bisher zur Hauptsache bestrebt waren, in der Produktion ihre eigene prozentuale Zuwachsrate derjenigen westlicher Länder gegenüberzustellen, wobei das beschleunigte Anfangswachstum der neuen kommunistischen Gebiete natürlich besser abschnitt als die Zunahme bereits hochindustrialisierter Vergleichsländer, ist aber heute auch der absolute Produktionsanteil des kommunistischen Blockes in der Welt so gross geworden, dass er als Gesamtfaktor von uns schon gar nicht negiert werden könnte, dass wir uns mit ihm im ganzen wirtschaftlichen Verkehr befassen müssen. Freilich darf das nicht einfach Einbezug in den freien Märkten heissen, sondern koordinierte wirtschaftlich-politische Aktion, die dem politischen Primat der kommunistischen Produktion immer Rechnung trägt.

Anteil der kommunistischen Länder an der industriellen Weltproduktion (in Prozent)

Erzeugnisart	1929	1937	1950	1955	1956	1957	1959
Kohle, insgesamt	2,7	8,6	28,2	36,8	37,6	39,5	49,8
UdSSR	2,7	8,6	14,2	18,7	19,4	20,2	20,3
Erdöl, insgesamt	6,7	10,2	8,4	11,0	11,7	12,8	15,0
UdSSR	6,7	10,2	7,2	9,2	10,0	11,1	13,2
Elektroenergie, insgesamt	2,1	7,8	14,9	16,6	17,2	17,7	19,9
UdSSR	2,1	7,8	9,2	10,7	11,0	11,3	12,3
Stahl, insgesamt	4,0	13,1	19,2	23,3	24,5	25,2	30,9
UdSSR	4,0	13,1	14,4	16,8	17,2	17,5	19,7
Zement, insgesamt	3,1	6,8	15,7	19,7	20,7	22,9	25,8
UdSSR	3,1	6,8	7,7	10,4	10,7	12,1	13,3
Baumwollgewebe, insgesamt	—	8,8	21,3	28,1	29,9	28,4	35,0
UdSSR	—	8,8	10,6	12,7	11,6	11,8	12,8

Zwei Erzeugnisse unserer Darstellung werden in nächster Zukunft noch erheblich an Bedeutung gewinnen: Erdöl und Stahl. Die sowjetischen Erdölreserven werden sehr bald in grösstem Ausmass eingesetzt werden, um den Westen in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Die sowjetische Stahlproduktion weitet sich von Jahr zu Jahr mit überfüllten Produktionsplänen aus und erhöht das Rüstungspotential, während die westliche zu stagnieren scheint.

Das korrigierte Bild zur ostdeutschen Darstellung ergibt sich, wenn man aus der

kommunistischen Gesamtproduktion die sowjetische gesondert anführt, so dass die Zunahme auf dem gleichen Raume innerhalb einer Generation ersichtlich wird. Die nebenstehende Tabelle ist nach Angaben tschechischer Tabellen zusammengestellt.

Partei

Sowjetunion

Auf der Anklagebank

Vor einigen Jahren, als in der Sowjetunion gewisse organisatorische Massnahmen hauptsächlich auf dem Gebiet der Dezentralisierung der Industrieverwaltung ergriffen wurden, sprach man im Westen von einer neuen Epoche in der Entwicklung der Sowjetunion, von der Macht der Technokratie, von der führenden Rolle der technischen Intelligenz und der Wirtschaftsmanager.

Eine Parallele dazu fand man auch bei den Militärführern. Als Marschall Woroschilow Staatspräsident war, Marschall Bulganin — Ministerpräsident und Marschall Schukow Verteidigungsminister und alle drei auch Mitglieder der höchsten Parteigremien waren, zog man voreilig die Schlussfolgerung über den entscheidenden Einfluss der Armee auf die Sowjetpolitik.

Es sollte doch klar sein, dass abgesehen von gewissen taktischen Massnahmen und Schritten, die Parteileitung, die ja immer für sich die führende Rolle beansprucht hatte, kein Aufkommen einer anderen Führungsschicht dulden könnte. Es ist auch zu berücksichtigen, dass jeder, der zum Mitglied der höheren Parteigremien wird, dies in erster Linie seinen Verdiensten auf dem Gebiete der Parteitätigkeit verdankt und folglich in erster Linie Parteiführer ist und die Interessen dieser Schicht vertritt.

Heute sind wir Zeugen einer grossangelegten Kampagne zur Säuberung unter den Wirtschaftsleitern und man sieht, dass diese über keine praktischen Machtmittel verfügen. Sie haben lediglich während einiger Zeit besondere Privilegien und gewisse Selbständigkeit genossen. Das System, welches durch den Druck seiner

Forderungen nach erhöhter Produktionsleistung viele Wirtschaftsleiter zu Schwindlern machte, wird dabei nicht angeklagt, dafür aber die ausführenden Glieder des Systems, im Grunde genommen seine Opfer, weil Forderungen der Planungsstellen und die grossen Pläne Chruschtschews unrealisierbar waren.

Im Zusammenhang mit der angekündigten Säuberung und mit der am letzten Parteipodium festgestellten katastrophalen Lage der Lebensmittelversorgung wird nun in der Tagespresse die Frage diskutiert, wie die fehlbaren Wirtschaftsleiter bestraft werden könnten. Man schreibt über Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches und verlangt eigentlich keine neuen Massnahmen, sondern nur die strikte Anwendung der geltenden Gesetze und Strafmasse.

Es wird z. B. daran erinnert, dass die übermässige Produktion von Ausschusswaren gemäss Art. 152 des Strafgesetzbuches mit einem Freiheitsentzug bis zu 3 Jahren bestraft werden kann. Man droht auch mit der vermehrten Anwendung des Gesetzes vom 24. April 1958 «Ueber die Verantwortlichkeit für die Nichterfüllung der Produktionspläne und der Lieferungsverpflichtungen» denjenigen Wirtschaftsleitern, die ihre lokalen Interessen in den Vordergrund stellen.

Obschon dabei die Sprüche vom primären Charakter der Erziehung und der Ueberzeugung oft wiederholt werden, ist doch die Drohung ganz unmissverständlich. Solche Presseartikel bilden eine rechtliche Untermauerung der Ausbrüche und Anklagen Chruschtschews gegen die Wirtschaftsleiter in seiner Rede am Parteipodium und in seinen zahlreichen Reden während seiner nachfolgenden Rundreise und sollen dem Eindruck einer willkürlichen Säuberung entgegenwirken.

Als eine vorbeugende Massnahme wird eine schärfere Kontrolle der Wirtschaftsführer durch die Parteinstanzen als unerlässlich erachtet, weil, wie Chruschtschew am Parteipodium ausführte: «Die mangelhafte Kontrolle auch eines ehrlichen aber nicht standhaften Menschen, macht ihn zum Schwindler.» Das wirft Licht für die sowjetische Kaderpolitik. Wo bleibt denn das fortschrittliche Bewusstsein der Aufbauleute des Kommunismus, wenn sogar ehrliche Wirtschaftsleiter nur durch verschärfte Parteikontrolle vom Schwindeln zurückgehalten werden können?

Offenbar haben die angekündigten Säuberungen einen heftigen Widerstand unter den lokalen Wirtschafts- und Parteiführern hervorgerufen, denn «*Ekonomitscheskaja gazeta*» schreibt dazu: «Hier und da wird die Meinung vertreten, dass die Parteimitglieder, die Wirtschaftsleiter, welche geschwindelt haben oder anderer Verbrechen schuldig sind, nicht gerichtlich verfolgt werden sollen. Den Staatsanwälten, die solche Leute zur Verantwortung ziehen wollen, wird entgegengehalten, dass auch disziplinarische Massnahmen genügen würden.» Selbstverständlich sind es keine untergeordneten Personen, die die Staatsanwälte zu beeinflus-

Laut «*Kommunist*» von Erewan sind gegenwärtig 300 000 sowjetische Automobile und 35 000 Traktoren im Ausland in Gebrauch.

sen versuchen, sondern wahrscheinlich die lokal führenden Parteifunktionäre.

Chruschtschew ging sogar so weit, dass er den seit den dreissiger Jahren berichtigten Ausdruck «Feinde» für die fehlbaren Wirtschaftsführer brauchte. Die Parteileitung opfert jetzt diese Zwischenglieder um die Gunst des Volkes zu gewinnen und die Mängel des Systems selbst zu verbergen.

Soziale Fragen

Sowjetunion

Diskutiertes Arbeitsrecht

Die Entlassung eines Angestellten wegen einmaligem Arbeitsversäumnis, die gewerkschaftliche Kontrolle über die Personalfragen der Betriebe, die Möglichkeiten zu Versetzungen von Arbeitern, dies sind einige Punkte, welche in der sowjetischen Presse diskutiert werden und als Diskussionsstoff das Herannahen neuer legislativer Bestimmungen ankündigen. Nach der neuen Strafgesetzgebung ist es jetzt das Arbeitsrecht, das die rege gesetzgeberische Tätigkeit der Chruschtschew-Aera bereichern wird.

Einen aufschlussreichen Beitrag zu den gegenwärtigen Diskussionen lieferte die Märznummer der Moskauer juristischen Zeitschrift «*Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo*» (Zeitschrift des Institutes für Staats- und Rechtswissenschaften der Akademie der Wissenschaften) in der sich N. G. Alexandrow mit der «Entwicklung der sowjetischen Demokratie und einigen Fragen des Arbeitsrechtes» befasste. Klar am recht unklaren Bild der gegenwärtigen Situation ist eines: Ein heilloses Durcheinander zwischen den Kompetenzen von Gewerkschaftskomitee, Betriebsleitung, Gerichten und Parteiorganen.

Auf den niedrigsten Stufen verfügen an sich die gewerkschaftlichen Organe über die weitaus grössten Vollmachten, die allerdings durch Vielfalt der konkurrierenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen

und rechtlichen Organe praktisch etwas in Frage gestellt zu sein scheinen. Jedemfalls stellt der Artikelverfasser eine allgemeine Unkenntnis der diesbezüglichen Bestimmungen fest und ruft immer wieder nachdrücklich die Statuten der FZMK (Gewerkschaftsvorstände im örtlichen Rahmen sowie Fabriken und Betriebe) in Erinnerung. Diese sehen beispielsweise vor, dass Entlassungen von Werkträgern nur mit Zustimmung der FZMKs erfolgen können. Die Zeitschrift wendet sich übrigens gegen die Bestimmung einer Entlassung wegen einmaligem Fernbleiben von der Arbeit und wegen eines im Zusammenhang mit der Arbeit begangenen Vergehens. Da die strafrechtliche Verfolgung dieser Delikte oft ein bedingtes Urteil mit Empfehlung auf Arbeitererziehung ergebe, sei die automatische Entlassung widersinnig. Ein FZMK kann bei der Staatsanwaltschaft oder durch die Parteiorgane ein bereits gefälltes Urteil rückgängig zu machen suchen. Entlassene Arbeiter haben die Möglichkeit gesetzlich vorzugehen, sofern sie eine Verletzung der FZMK-Statuten nachweisen können. Bei Zwistigkeiten zwischen Betriebsleitung und Arbeitern tritt erst eine Schlichtungskommission in Aktion; kann der Fall nicht beigelegt werden, ist der FZMK-Schiedspruch verbindlich. Zwar kann die Betriebsleitung gerichtlich rekurrieren, muss aber die Gesetzeswidrigkeit des Entscheides beweisen.

Ueber die vielfältigen Bestimmungen und Interpretationen in der Frage von Versetzungen hatte die Zeitschrift in einer vorherigen Nummer berichtet. Dabei stehen gerade einige der praktisch anscheinend schwer durchzuführenden Bestimmungen offiziell im Zeichen des Kampfes gegen die Bürokratie: das heisst sie erklären bei einem Gewerkschafts- oder Parteibeschluss eine gewisse Stufe einfach als letzte Instanz, womit nicht nur der Rechtsschutz zerstört wird, sondern auch zahlreiche Um- oder Abwege gesucht werden, um gerade dieses Organ zu vermeiden.

Verlässlich in der Communauté: Senegal

Staats- und Regierungsform: Demokratische Republik, bis August 1960 Mitglied der sodann aufgelösten Föderation Mali. — Parlament aus einer Kammer. — Allgemeines Wahlrecht. — Keine allgemeine Wehrpflicht.

Staatsoberhaupt: Leopold Senghor.
Regierungschef: Mamadou Dia.

Parteien: Partei der afrikanischen Föderation, Progressistische Senegalesische Union (Partei von Senghor und Dia), Senegalesische Solidarität, Rassemblement Africain Sénégal; verboten wurde die radikale Einheitspartei «*Parti Africain de l'Indépendance*».

Fläche: 197 761 Quadratkilometer.

Einwohner: 2 500 000 (1960).

Städte: Dakar (Hauptstadt) 350 000 Einwohner, Kaolack 50 000 Einwohner.

Bevölkerung: Sudan-Neger (unter anderen Wolofs), Fulba, europäische Minderheit (meist Franzosen).

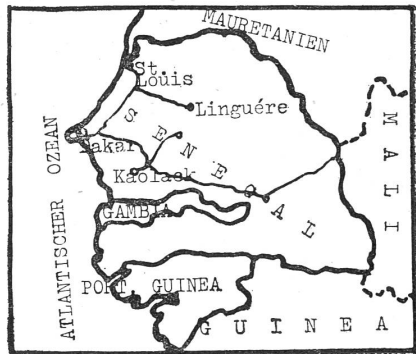
Staatsprache: Französisch als Amtssprache, Umgangssprachen sudanesisches Diallekt und Ful.

Religion: Ueberwiegend Mohammedaner; christliche Minderheiten; Anhänger von Naturreligionen.

Wichtige Ausfuhr Güter: Erdnüsse, Erdnussöl, Oelkuchen und Phosphate.

Wichtigster Handelspartner: Frankreich.

Mitgliedschaft: Französische Gemeinschaft, Uno.



Innenpolitik**Polen****Meinung des Wählers**

Die polnischen Stimmbürger sind von ihren lokalen Räten nicht begeistert, können aber ihrem Unmut immerhin noch Ausdruck geben und ihn in der Presse widerspiegelt sehen.

Am 16. April finden gleichzeitig mit den Parlamentswahlen (siehe KB, Nr. 13) auch die Wahlen der lokalen Verwaltungsbehörden, der Volksräte, statt. «Ein bezeichnendes Licht auf die Tätigkeit mancher dieser Organe» wirft nach der Warschauer «Tygodnik Demokratyczny» eine Umfrage, die in der Stadt Naklo der Wojewodschaft Bydgoszcz (Bromberg) vom Bezirksinstitut für die Erforschung der öffentlichen Meinung durchgeführt wurde. Auf die Frage, ob der Volksrat Rücksicht auf die Bedürfnisse der Einwohner nehme, antwortete die Hälfte der Befragten mit einem Nein und 24 weitere Prozent erklärten, sie hätten jedenfalls davon nichts gemerkt. Auch von irgendwelchen Errungenschaften des Volksrates hatte eine deutliche Mehrheit keine Ahnung, wenn auch nur 12 Prozent die Möglichkeit zurückwies, dass es solche Errungenschaften gebe. Von Plänen zur Entwicklung Naklos hatten 53 Prozent nichts gehört.

Im ganzen Lande kandidieren für die Volksrätewahlen insgesamt 200 000 Personen oder 50 Prozent mehr, als Mandate zur Verfügung stehen. Unter den Bewerbern ist gegenüber den letzten Wahlen die Zahl der Arbeiter (oder Betriebsvertreter) und der Bauern gestiegen, wogegen 3,7 Prozent weniger Beamte kandidieren.

Für die diesjährige «Autostop-Saison» in Polen ist ein neues Reglement ausgearbeitet worden, denn reglementiert war sie schon. Bewerber um den Ausweis müssen sich nun über ein Sparbüchlein mit mindestens 400 Zloty ausweisen. Das Mindestalter zum Anhalten wurde auf 18 Jahre hinaufgesetzt. Nur Mitglieder namentlich aufgeführter Jugendorganisationen können dieser organisierten Bewegung weiterhin ab 16 Jahren beitreten.

Bevölkerung**Ungarn****Landflucht**

«Die Völkerwanderung unserer Zeit» nennt die Budapest Zeitung «Figyelő» die grosse Fluktuation unter der Einwohnerschaft des Landes. Während der letzten Jahre haben jährlich 600 000 bis 900 000 Personen ihren Wohnort gewechselt. Die Landflucht ist recht deutlich. Gegenüber 100 000 Personen, die jährlich vom Land in die Stadt umziehen, stehen nur etwa 40 000, die in Dörfer abwandern, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass die Siedlungen in der Umgebung von Städten ebenfalls starken Zuwachs erhalten, so dass der Zug zur Stadt in Wirklichkeit noch stärker ist. Am ständigen Wohnortwechsel ist vor allem die Jugend stark beteiligt.

In Budapest (wo die Zuwanderungsrate jährlich gut 20 000 Personen beträgt und weiterhin steigt) und in andern grösseren Städten besteht ein grosser Teil der Zuzüger aus Personen, die nur eine pro-

visorische Wohnbewilligung für drei Monate haben. Die jeweilige Erneuerung um weitere drei Monate steht dem Ermessen der Polizei zu und hängt praktisch vor allem mit der Arbeit des Gesuchstellers zusammen. So gibt es in Budapest etwa 300 000 provisorisch Angesiedelte, von denen viele schon mehrere Jahre in der Hauptstadt leben, aber immer innert kürzester Frist wieder ausgewiesen werden können. (Das gleiche System findet sich im ganzen Ostblock, vor allem in der Sowjetunion, obschon gerade dort das Zivilgesetzbuch die freie Wahl des Wohnortes garantiert.)

Um der Fluktuation der Arbeitskräfte, die letztes Jahr eine Rekordhöhe erreicht hat, zu steuern, ist eine Verordnung erlassen worden, wonach ein Arbeiter in den ersten sechs Monaten einer neuen Stellung keinen höheren Lohn als zuvor beziehen dürfe. In der Praxis wird die Bestimmung dadurch umgangen, dass man sich «Lohn gemäss Gesamtarbeitsvertrag» bescheinigen lässt.

Der Grund, weshalb junge ungarische Aerzte lieber untätig in Budapest bleiben, als ihnen vermittelte Stellen auf dem Land anzutreten: Wir würden unsere Wohnung verlieren. Dies das Resultat einer Umfrage des Parteiorgans «Nepszabadsag».

Soziales**Tschechoslowakei
Gekürztes Toto**

Die tschechoslowakischen Toto- und Lottospieler werden von jetzt an nicht mehr auf Riesensummen spekulieren können, denn seit 3. April werden die Gewinne nur bis zu bestimmten Höchstgrenzen ausbezahlt.

Das Prager ZK-Organ «Rude Pravo», das die Neuregelung der beliebten Wettbewerbe bekannt gibt, hatte schon seit einiger Zeit eine Kampagne gegen «die bourgeoise Unsitte der Spielleidenschaft» geführt. Das Spielen, hatte die Zeitung im Januar festgestellt, stelle nichts weiter als den Versuch dar, ohne Arbeit zu möglichst viel Geld zu kommen. Auch festige das Wetten weder die Beziehungen zum Kollektiv, noch das Verhältnis zur Arbeit.

Im Toto lassen sich nach den neuen Bestimmungen im ersten Rang jetzt maximal 15 000 Kronen gewinnen, in den übrigen Rängen höchstens 10 000 Kronen. Bisher war die Höchstgrenze durch die Teilnehmerzahl bestimmt gewesen. Auch die Aufteilung des ausbezahlten Kapitals pro Rang wurde neu geregelt: Auf den ersten Rang entfallen 10 Prozent (bisher 20), auf den zweiten 15 Prozent (20), auf den dritten 30 Prozent (25) und auf den vierten 45 Prozent (35). Aehnliche Umstellungen wurden auch für den Lottobetrieb getroffen.

Dass es statt der soweit vernünftig wirkenden Reorganisation nicht überhaupt zu einer Abschaffung der Wettbewerbe kam, scheint auf ihre Beliebtheit zurückzuführen zu sein. «Rude Pravo» erwähnt, es seien «genügend Stimmen» für die Beibehaltung der Einrichtung eingetreten. Ein Leser habe damit argumentiert, dass er es satt habe, immer nur von Arbeit zu hören.

Im allgemeinen werden Wettgeschäfte und lotterartige Unternehmen in den kommunistischen Staaten kaum geduldet. Das tschechoslowakische Beispiel erinnert immerhin daran, dass es Ausnahmen gibt.

Gebrauchsterminologie im Osten**Kolchose**

oder Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG). Grundstufe des landwirtschaftlichen Kollektivbetriebes, in dem die Bauern zur gemeinsamen Nutzung von Boden, Vieh und Geräten vereinigt sind. Die Nebenwirtschaft oder Hofstelle ist der kleine Boden- und Viehanteil, der von den Kolchosmitgliedern persönlich genutzt werden kann. Dieser Rest des selbständigen Bauerntums innerhalb des Kollektivs wird in der Sowjetunion und langsamer in den Satellitenstaaten durch direkte und indirekte Massnahmen zum Verschwinden gebracht. Auf dem Wege zu weiterer Kollektivierung bilden die durch Zusammenlegung entstehenden Grosskolchos eine Zwischenstufe. Sie stehen unter strafferer wirtschaftlicher Leitung, die von Parteifunktionären gelenkt und kontrolliert wird.

Sowchose

Landwirtschaftlicher Staatsbetrieb, dessen Angehörige Staatsangestellte sind. Die Grenzen zwischen Kolchosen (Grosskolchosen) und Sowchosen sind durch Verstaatlichung einzelner Produktionszweige, von Geräteankauf, Güterverkauf und dergleichen vielfach fließend. Agrostädte als Zentren landwirtschaftlicher Gebiete sind eine neuere Erscheinung in der Sowjetunion. Nach verschiedenen Gründungen in den Neulandgebieten Kasachstans erfolgte kürzlich der Baubeginn der ersten derartigen Siedlung in der Russischen Republik.

**Landwirtschaftliche
Volkskommune**

Im angestrebten «Vollkommunismus», die letzte Stufe der agrarischen Produktions- und Lebensgemeinschaft, in welcher sämtliche Lebensbereiche (Wohnen, Essen, Kindererziehung) ebenso kollektiviert sind wie die Arbeit. Bedeutet Aufhebung des Privatlebens und löst trotz der Grösse (mehrere tausend Angehörige) die Familie als Zelle der Gesellschaft ab. Im Gegensatz zu Kolchosen und Sowchosen ist hier nicht nur die Erzeugung, sondern auch der Verbrauch gemeinsam. Besteht gegenwärtig nur in China, wo die Kommunisierung auf dem Lande zu beinahe hundert Prozent durchgeführt ist. Gegenwärtig mehren sich die Anzeichen dafür, dass auch die Sowjetunion diese letzte Form der Kollektivierung beschleunigt erreichen will. Die Stadtkommune (in China teilweise verwirklicht, in der Sowjetunion in letzter Zeit verstärkt theoretisch projiziert) kann infolge der differenzierten städtischen Lebens- und Arbeitsbedingungen verschiedene Formen annehmen und ist zumeist vornehmlich Wohngemeinschaft (nach Quartieren), Produktionsgemeinschaft (um Grossindustrien) oder Studiengemeinschaft (um Universitäten oder wissenschaftliche Zentren). Die Formen überschneiden sich; auch ist die endgültige Definition der städtischen Volkskommune noch weitgehend im Diskussionsstadium.

(In dieser Rubrik sollen immer wieder auftauchende sachliche Begriffe der kommunistischen Gesellschaftsordnung erläutert werden. Vollständigkeit ist nicht angestrebt. Auf formalistische und das Alltagsvokabular überschreitende Definitionen wird verzichtet. Red.)

Curriculum der Woche

TODOR SCHIWKOFF

Erster Parteisekretär Bulgariens. Geboren 1911 aus Kleinbauernfamilie nördlich von Sofia. Nur wenige Jahre Elementarschule, dann Gewerbeschule in Sofia und noch als Jüngling Eintritt im Staatsverlag. Mit 19 Jahren Beitritt zur illegalen kommunistischen Jugendorganisation. 1932 Vollmitglied der Partei und aktiv in lokaler Parteitätigkeit. Während des Weltkrieges leitend in der kommunistischen Widerstandsbewegung in Sofia. Nach dem Krieg rascher Aufstieg in der Parteihierarchie. Aufnahme in das Zentralkomitee 1948. Wird unangefochtener «erster Mann» in Sofia, wo er alle Schlüsselstellungen der Stadtverwaltung einnimmt. 1950 Sekretär im Zentralkomitee, 1951 Mitglied des Politbüros. Wird 1954 als Nachfolger Wukos Tschervenkovs (der bulgarische «kleine Stalin», heute stellvertretender Ministerpräsident) erster Parteisekretär des Landes. Förderte die schnelle Entwicklung der Schwerindustrie und die rasche Kollektivierung der Landwirtschaft. Scheint 1958 sogar an eine Kommunistisierung nach chinesischem Muster gedacht zu haben, was aber auf sowjetische Intervention unterblieb. Verfolgt unter dem Einfluss Tschervenkovs eine «stalinistische Linie».

Erste Mitteilung über polnische Uranvorkommen

Wie kurz bekanntgegeben wurde, soll es auch in Polen Uranvorkommen geben, deren Urangehalt zwischen 2 kg und 100 g pro Tonne variiert. Es handelt sich um die erste Mitteilung dieser Art. Da Polen vorläufig nicht in der Lage ist, Uranerz zu verarbeiten, besteht kein Zweifel, dass der ganze Ertrag in die Sowjetunion exportiert wird, ebenso wie im Falle der Tschechoslowakei und Ungarn. Es ist immerhin bezeichnend, dass in den offiziellen Statistiken dieser Länder der Export von Uranerz nicht angeführt wird, weshalb auch nicht bekannt ist, wie die Sowjetunion diese wichtigen Lieferungen bezahlt.

Medizin

China

Ost-westliche Kombination

Ganz im Zeichen der neu aufgekommenen Diskussion um das von Mao Tse-tung vor vier Jahren formulierte Prinzip der «hundert Blumen» (siehe KB, Nr. 13) stand kürzlich ein Bericht des Präsidenten der chinesischen Akademie der Wissenschaften, Huang Hia-szu, über die Zusammenarbeit zwischen den Anhängern der traditionellen und der modernen Medizin. In seinem Artikel befürwortete Dr. Huang in der Peking Zeitung «Kwangming Zhi-Pao» ganz offen die Kombination von chinesischen und westlichen Mitteln, um bestmögliche Erfolge zu erzielen.

Auch diese Stimme bestätigt die Forderungen der chinesischen Wissenschaftler nach erhöhter Freiheit der Methoden in ihrer Arbeit, Forderungen, die zu Beginn dieses Jahres recht laut geworden waren. An sich scheint das Prinzip der «hundert Blumen und hundert Gedankenschulen»

eine Selbstverständlichkeit, soweit naturwissenschaftliche Bereiche betroffen werden. Aber der «objektive Wahrheitsgehalt» der marxistischen Lehre wurde bald nach Maos Verkündigung von der Erwünschbarkeit verschiedener Ansichten all jenen wieder ins Gedächtnis gerufen, die von der Möglichkeit allzu raschen Gebrauch machten. Wegen parteiabweichender Linie wurden viele Akademiker ihrer Posten entsetzt oder sogar deportiert. Diese Kreise scheinen sich nun etwas aufgefangen zu haben. Immerhin stehen divergierende Meinungen auf ideologischem Gebiet natürlich keinen Augenblick zur Diskussion.

Dr. Huang weist in seinem Artikel besonders darauf hin, dass vor der kommunistischen Machtergreifung (und mehrere Jahre darnach) die traditionelle und die moderne chinesische Schule der Medizin einander ausschlossen, wogegen sie nunmehr, dank der KP-Politik eine Einheit bildeten und sich sinnvoll ergänzten. Die Anhänger der traditionellen Medizin studierten nun bei ihren Kollegen moderner Observanz die theoretische Grundlage der Diagnose wende aber oft mit Erfolg die althergebrachte Behandlung an. Interessant ist zweifellos die Bemerkung des Akademiepräsidenten, dass die meisten an Blinddarmentzündung erkrankten Patienten dank der überlieferten Drogen oder der Akupunktur ohne chirurgischen Eingriff wieder hergestellt werden könnten. Lediglich bei Perforationen müsse operiert werden. Gut bewährt habe sich das Zusammenwirken der beiden Methoden auch bei Knochenbrüchen, wo die traditionelle chinesische Medizin zwar durch die Anwendung externer und interner Heilmittel gute Behandlungserfolge zeige, dagegen in der Diagnose weniger sicher sei als die westlichen Methoden.

Obwohl die schwere Ernährungskrise eine Zeitlang den Anschein erwecken konnte, als sollte die auch technische Parteiherrschaft in der chinesischen Landwirtschaft etwas gelockert werden und die Produktion mehr den wirklichen Fachleuten unterstellt werden, wird jetzt auf industriellem und agrarischem Gebiet wiederum striktes Festhalten an der Befehlsgewalt der Partei gefordert. Zur Begründung wird auf die in den letzten Jahren stark forcierte industrielle Entwicklung mit ihren Erfolgen verwiesen, während auf dem agrarischen Sektor bereits nicht mehr (wie beim letzten Parteiplenum) von Fehlern, Sabotage und Versagen, sondern wiederum von den Naturkatastrophen geredet wird. (Die Naturkatastrophen fanden wirklich — neben Misswirtschaft — statt. Aber zuvor hatte die Partei verkündet, sie würden dank der fortschrittlichen Organisation keine gefährliche Rolle mehr spielen können.)

Frauen

In Nordvietnam hat sich die Zahl der weiblichen Industriearbeiter seit 1955 verzehnfacht und beträgt heute 100 000 (13 Prozent aller Arbeitnehmer in der Industrie). Die Nationalversammlung zählt 53 weibliche Mitglieder; 4200 Frauen wurden in die Verwaltungskomitees aller Stufen gewählt und 16 000 Frauen amten in den lokalen oder regionalen Räten. Entsprechend (um das Sieben- bis Achtfache seit 1955) stieg die Zahl der Studentinnen an höheren Mittelschulen und Instituten für spezialisierte Ausbildung.

BRIEFE

Militär und Universität

L.R. in Bern betreffend «Vorrecht der Geburt» in KB, Nr. 12, wo die absolvierte Rekrutenschule als Zulassungsbedingung zu bulgarischen Hochschulen genannt wurde.

So (u. a. durch Meldungen aus SOI-Quellen) entstand vielmehr der Eindruck, dass im Ostblock gerade die Jugend aus höheren Parteischichten keinen Militärdienst zu leisten brauchte, sondern ihre «Führer-ausbildung» direkt an der Universität erhalten konnte, einschliesslich Beförderung zum Offizier. Wäre demnach die bulgarische Regelung nicht der Abschaffung von Parteiprivilegien gleichzusetzen?

Zunächst ist festzuhalten, dass das Dekret (über die Aufnahme von Studenten) im bulgarischen «Amtsblatt» noch nicht veröffentlicht wurde, resp. bis zum Abschluss dieser Nummer hier noch nicht eingetroffen ist. Die bulgarischen Presseberichte können also noch beim Vorliegen des vollständigen Textes vielleicht eine Ergänzung im Sinne der von Ihnen angeführten Privilegierung erfahren, die allgemein im Ostblock tatsächlich besteht. Die direkte militärische (beispielsweise eigentliche Lehrstühle für Artillerie oder Panzerwaffen) und die paramilitärische Ausbildung an den Universitäten nimmt einen breiten Raum ein, und es gibt selbst höhere Generalstabsoffiziere, die keinen einzigen Tag wirklichen Felddienst geleistet haben. Die parteitheoretische Schulung nimmt auch hier einen gewichtigen Platz ein. Wenn die bulgarischen Bestimmungen streng durchgeführt sein sollten, würde es sich effektiv um einen Sonderfall bei den Satellitenstaaten handeln.

Die von uns angetönte Frage wegen der körperlich Behinderten ist unterdessen durch eine Veröffentlichung in der «Otschestven Front» von Sofia beantwortet worden: Wer die Rekrutenschule aus solchen Gründen nicht absolvieren konnte, kann dennoch zum Studium zugelassen werden. Im Prinzip ist die untere Altersgrenze zur Aufnahme eines ordentlichen Studiums auf 24 Jahre festgelegt.

Uebrigens feierte dieser Tage die bulgarische paramilitärische Organisation DOSO (Dobrovolnata organizacija za sadeistvie na otbranata), eine Vereinigung zur freiwilligen Mitwirkung an der Landesverteidigung, ihr zehnjähriges Bestehen. Die Anzahl der Mitglieder stieg innerhalb dieser Dekade (vorher hatten unter anderem Namen ähnliche Organisationen bestanden) von 320 000 auf 850 000, die Zahl der Sektionen von 4500 auf 12 000. Hier jedenfalls bietet sich in Bulgarien also das gleiche Bild wie im übrigen Osten: Die militärische Aufrüstung erfolgt zu einem ganz wesentlichen Teil indirekt, was sowohl auf die eigentliche Mannschaftsausbildung als auch auf die unter nahezu sämtlichen Produktionszweigen getarnte Kriegsindustrie zutrifft. Die Abschätzung des Kriegspotentials nach den klassischen Gesichtspunkten erweist sich je länger je mehr als unzulänglich. Im Bereiche der kommunistischen Offensive sind alle Gebiete von Wirtschaft, Propaganda, Gesellschaft und Militär ineinander verzahnt und dienen alle dem gleichen Ziel: der Weltherrschaft. Red. KB.

Unser Memo

1961 wie schon im Vorjahr feierte man in der Sowjetunion den 40. Jahrestag der Gründung der kommunistischen Unionsrepubliken. Die Geschichte der verschiedenen Gründungen nimmt gegenwärtig in Zeitungen, Zeitschriften und Sonderveröffentlichungen einen beträchtlichen Raum ein. Immer wieder wird dankbar die «brüderliche Hilfe» erwähnt, die damals Moskau so willig leistete. Und tatsächlich: In allen Fällen riefen die KPs der späteren Unionsrepubliken die Rote Armee zu Hilfe, um die eigene, meist sozialdemokratische (Menschewiki) Regierung zu stürzen und den staatlichen Anschluss an Moskau zu bewerkstelligen. Ueberall geschah die Machtergreifung durch eine von Waffengewalt unterstützte Minorität. Anhand der alten und neuesten Literatur lassen sich fünf gemeinsame Punkte feststellen, welche die Parteigründungen und den «freiwilligen Anschluss» an die Sowjetunion charakterisieren:

1. Schon um die einzelnen KPs zu errichten brauchte Moskau Russen. Diese setzten dann den Bolschewismus mit Gewalt durch und unterdrückten den nationalen Widerstand. In Kasachstan etwa hatten die Parteiorganisationen überhaupt keine nennenswerten Mitgliederbestände (in den grössten Zentren bis 350). Unter den Kommunisten gab es kaum Einheimische. 2. Die späteren einheimischen Versuche zur Errichtung selbständiger KPs wurden von Moskau niedergeschlagen. Am weitesten ging das autonome Bestreben der armenischen Kommunisten. Es endete damit, dass die russische KP ihre armenische Schwesternpartei auflöste. Separatistische Tendenzen auf nationaler Grundlage wurden immer erstickt. 3. Die gleichen Methoden wurden zur Unterstützung ausländischer kommunistischer Bewegungen angewandt. Dort, wo das Moskauer Militär nicht eingreifen konnte, erlitt der Kommunismus eine Niederlage. In der Mongolei, wo sich die grossenteils aus Russen bestehende KP «Mongolische Volkspartei»

nannte, gelang die Machtergreifung. Damals (1921) hatte die dortige KP bei einer Landesbevölkerung von 800 000 Personen ganze 160 Mitglieder. Den Widerstand des Volkes brach die Rote Armee. 4. Den eroberten Gebieten der späteren Unionsrepubliken wollte Moskau wohl eine «Autonomie», nicht aber Unabhängigkeit gewähren. Die zentrale Kontrolle blieb durch die Partei gesichert. 5. Die Kommunisten booteten immer wieder ihre Partner, die zur Machtergreifung behilflich gewesen waren, aus oder vernichteten sie physisch. Nacheinander erledigten die Bolschewisten auch alle Führer anderer Linksparteien, obwohl man damit begonnen hatte, ihnen Mitspracherecht oder wenigstens Duldung zuzusichern.

Es bleibt die Lehre zu ziehen, dass die kommunistische Revolution durchaus von Minderheiten, von kleinen Minderheiten sogar, durchgeführt werden kann. Sie bedienen sich falscher Versprechen und Bündnisse, sie unterstützen Nationalisten, um sie später auszurotten, sie suchen die parlamentarischen Institutionen bis zum Nichtfunktionieren zu stören und schlagen schliesslich mit Gewalt zu. Bemerkenswert wird die Machtergreifung leider viel zu oft erst bei diesem letzten Punkt.

Der Schnappschuss

Von einem «Dreieckskonflikt» berichtet die Warschauer «Glos pracy». Darunter versteht sie allerdings in ihrem Artikel zu den kommenden Parlamentswahlen das Verhältnis zwischen Abgeordneten, Funktionären im Ratsapparat und dem Ratspräsidium. Jene erhielten von diesen keine genügende Auskunft und würden von letzterem nicht unterstützt.

Zu einem schlechten, wenn auch zuvor festgelegten, Zeitpunkt eröffnet Belgrad eine Ausstellung über die Jugend des (kommunistischen) Balkans. Aus der ursprünglich vorgesehenen Demonstration der Freundschaft zwischen Jugoslawien und seinen östlichen Nachbarn wurde bei den gegenwärtigen gespannten Beziehun-

gen jedenfalls nichts. Die Landespresse stellte im Gegenteil mit einem Jahr Verspätung fest, die 1960 in Bukarest stattgefundene Tagung der Balkan-Jugend hätte nur engen propagandistischen Zwecken gedient.

Anleitung Chruschtschews (anlässlich seiner Rede in Alma Ata am 21. März) zum Wohnbau in den Gebieten mit Mangel an Arbeitskräften: «Man kann einen Rohbau aus Schilf machen, für den Mörtel wird der neue Wohnungsinhaber schon selbst besorgt sein.»

Und eine Erläuterung über die Freundschaft aus der gleichen Rede: «Man muss keine Angst haben, mit dem Freund zu brechen, wenn er nicht Schritt hält mit der Partei. Es ist nicht jedermanns Sache, seine Freunde zu verlieren, aber was bleibt einem sonst übrig.»

2 + 2 = 4

Eine holländische Wirtschaftskommission, die im September letzten Jahres die Sowjetunion besuchte, äusserte sich in ihrem jetzt veröffentlichten Bericht positiv über die Handelsmöglichkeiten mit Moskau, sofern es sich um den Export von Investitionsgütern handle. Sehr glaublich, sehr glaublich. Es sind natürlich Investitionsgüter, die sie brauchen, um sich von unserer freien Wirtschaft unabhängig, und uns von ihrer gelenkten Wirtschaft abhängig zu machen.

Grosse sowjetische und tschechische Aufträge erhielten britische Firmen für Lieferungen von Verzahnungsmaschinen Werkzeugmaschinen und Strickmaschinen.

In Amerika betrachtet man mit zunehmendem Unbehagen die steigenden Glasimporte aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und der SBZ, die zu Dumpingpreisen angeboten werden. So wird das sowjetische und tschechoslowakische Flachglas trotz prohibitiver Zolltarife immer noch um 21 Prozent billiger verkauft als die einheimischen Produkte.

Aristokraten im Kolchos

Das ist die Ueberschrift der von «Krokodil» am 30. März veröffentlichten Zeichnung, die als Kommentar zur Dezentralisierung der wissenschaftlichen Agrarinstitute und der landwirtschaftlichen Hoch- und Mittelschulen (siehe Untersuchung KB, Nr. 13, S. 2) gelten kann. «Und dort, werte Praktikanden», erklärt der Führer einer Besichtigung den verstädterten zukünftigen Agronomen, «befindet sich — verzeihen Sie gütigst den Ausdruck — der Misthaufen.»

Die Darstellung bringt allerdings nur die Hälfte der gegenwärtigen Bestrebung zum Ausdruck: den Wissenschafts- und Studienbetrieb enger mit der Praxis zu verbinden. Die ebenso wichtige Tendenz, die Ausbildung der jungen Fachleute von Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen zu lösen und direkt (während der Praktikumszeit zum Teil sogar ausschliesslich) den Parteiorganisationen zu unterstellen, wird diskret übergangen.

